

Reg. Nr. 01-0201.009

Nr. 10-14.079.5

Geschäftsbericht 2010 des Gemeinderats

Leistungsbericht 4, "Bildung und Familie"

Bericht an den Einwohnerrat

1. Allgemein

Die Sachkommission Bildung und Familie hat an ihrer Sitzung vom 24. Mai 2011 die Abschnitte im Geschäftsbericht 2010 des Gemeinderats besprochen, welche den Politikbereich Bildung und Familie betreffen (Hauptbericht S. 24-26, Detailbericht S. 89-109).

Nebst den Kommissionsmitgliedern nahmen an der Sitzung die zuständige Gemeinderätin Maria Iselin, Martina Neumann, Ruth Stöckli, Regina Christen, Gertrud Perler und der Bettinger Gemeinderat Olivier Battaglia als Vertreter des Schulausschusses teil.

Alle gestellten Fragen wurden von der Verwaltung und dem Gemeinderat kompetent und ausführlich beantwortet. Bei der Beratung wurden keine grundsätzlichen Einwände angebracht.

2. Diskussion

Kindergarten

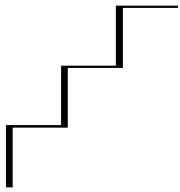
Die Budgetüberschreitungen im Bereich KiGa resultieren aus den Dienstaltersgeschenken für Kindergärtnerinnen. Bei der Kommunalisierung der Kindergärten wurde die Mitnahme der Dienstjahre nicht gestattet. Bei der Kommunalisierung der Primarschule konnten dann die Lehrpersonen ihre Dienstjahre mitnehmen. Im Sinne der Gleichbehandlung wurde dieser Lohnanteil einigen Kindergärtnerinnen, auch rückwirkend, ausbezahlt.

Die gestiegenen Kosten im Produkt Kindergarten resultieren aus der Einführung der neuen Leitungsstrukturen und den Projektkosten für die Zusammenführung von KiGa und PS zur Primarstufe.

Primarschule

Nach wie vor ist es schwierig, die Kosten der Primarschule einzuschätzen und möglichst genau zu budgetieren. Einerseits hat man einfach noch zu wenig Erfahrungswerte, andererseits ist im Produkt Primarschule unglaublich viel in Bewegung.

Kurz nach der Kommunalisierung der Primarschule ist bereits eine Evaluationsstudie betr. Akzeptanz der Betriebsübernahme erstellt worden. Leider lässt die Studie aus verschiede-



nen Gründen keine ausreichend fundierten Aussagen zu. So wurden im Fragebogen zwei Themen vermischt. Es gab Fragen zur Verwaltungsreform (Kommunalisierung) und zur Schulreform (Teilautonomie). So haben Themen, die schon vor der Kommunalisierung negativ besetzt waren, Eingang in die Evaluation gefunden und das Ergebnis beeinflusst. Dann war der Zeitpunkt viel zu früh und der Standard wurde von der ehemaligen BSS wohl eher zufällig festgelegt.

Um der Thematik dennoch gerecht zu werden, hatte der Schulausschuss dem Institut für Forschung und Entwicklung vorgeschlagen, eine gesonderte Auswertung vorzunehmen. Leider ist das Institut dem Anliegen nicht nachgekommen.

Im Zuge der Evaluation der Förderzentren sieht man, dass die Schulhäuser ihre Teilautonomie leben. So ist in jedem Schulhaus das Verfahren anders durchgeführt worden und die Förderzentren werden unterschiedlich gehandhabt. Diese Gestaltungsfreiräume sind natürlich gewollt, trotzdem ist es Aufgabe und Funktion der Schulleitersitzung und der Leitung Gemeindeschule, dafür zu sorgen, dass die einzelnen Standorte nicht auseinander driften.

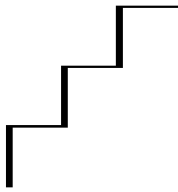
Tagesschule

Nach welchen Kriterien werden die nach wir vor begehrten und knappen Tagesschulplätze vergeben? Gibt es eine soziale Komponente und gibt es flexible Vergabemöglichkeiten? U.a. diese Fragen werden gegenwärtig im Kanton bei der Erarbeitung von Richtlinien zur Tagesschulverordnung gestellt. In diesem Zusammenhang muss die Gemeinde klären, wie weit sie diese Vorgaben übernehmen muss und wie gross der eigene Handlungsspielraum ist.

In Bezug auf den Ausbau ist die im Leistungsauftrag vorgegebene Zielgrösse beinahe erreicht. Im Rahmen des Projekts „Harmonisierung Gemeindeschulen“ muss das Thema Tagesschule für die Standorte Burgstrasse und Wasserstelzen aber noch gelöst werden.

Musikschule

Die Budgetüberschreitung im Produkt Musikschule resultiert aus Mehrleistungen im Bereich Hauswartung. Obwohl der Betrieb in der Musikschule stetig gewachsen ist, hat das Stellenpensum der Hauswartung abgenommen. Die anfallenden Arbeiten konnten qualitativ nicht mehr so gründlich ausgeführt werden, was zu laufenden Reklamationen führte. Um die Situation zu entschärfen, wurde ein Qualitätssystem eingeführt und das Stellenpensum erhöht. Dem Dauerproblem Warteliste wird mit einem umfassenden Konzept begegnet, welches der SBF noch vor den Sommerferien 2011 vorgestellt wird.



Familie und Integration

Auf dem Weg zur Erlangung des UNICEF-Labels „Kinderfreundliche Gemeinde“ hat der Gemeinderat etliche Massnahmen und Aktivitäten initiiert, z.B.

- Aufnahme des Themas „Kinder“ in das Leitbild der Gemeinde.
- Sicherstellung auf höchster Verwaltungsebene, damit das Thema „Kinder“ als Querschnittsthema im Rahmen der gemeindeinternen Koordination künftig bewusst abteilungsübergreifend bearbeitet wird.
- Laufende Überprüfung und Optimierung der Verkehrssicherheit auf den Schulwegen durch die Fachstelle Verkehr und Energie. (Sichere Schulwege war ein von Kindern und Eltern genanntes Anliegen.)
- Gestaltung der Angebote im Freizeitbereich unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Jugendlichen. Hierzu zählen z.B. die Realisierung des geplanten Jugendtreffs im „Landi“; kleine temporäre Erweiterungen des Angebots wie z.B. ein „Unterstand für Jugendliche“; bei der Gestaltung von Spielplätzen sollen die von den Kindern geäusserten Vorschläge soweit wie möglich berücksichtigt und umgesetzt werden.

Tagesbetreuung

Aufgrund des Ausbaus der Tagesschulen ist die Nachfrage nach Tagesheimplätzen grundsätzlich etwas zurückgegangen. Einzig bei einem privaten Tagi gibt es eine kleine Warteliste.

Entgegen anders lautenden Gerüchten wird die Kinderkrippe „Rägeboge“ nicht geschlossen. Es werden vielmehr neue Räumlichkeiten gesucht. Das Tagi wird von der Gemeinde beim Finden einer Übergangslösung unterstützt. Ebenfalls unterstützt wurde das „Kinderhuus zum Glugger“. Dieses erhielt 2010 einen einmaligen zusätzlichen Beitrag, verbunden mit der Auflage, eine Betriebsanalyse durchzuführen. Grundsätzlich ist es der Kommission wichtig, dass die verschiedenen Anbieter von Tagesbetreuungsangeboten von der Gemeinde gleichberechtigt behandelt werden.

3. Antrag

Die Sachkommission SBF beantragt dem Einwohnerrat, den Geschäftsbericht 2010 des Gemeinderats über die Produktgruppe 4, Bildung und Familie, zu genehmigen.

Riehen, 8. Juni 2011

Sachkommission Bildung und Familie

Franziska Roth
Präsidentin